

Grüne finden, die Reichen sollen für die Krippenplätze bezahlen

Linken-Zwist wegen Gratis-Kitas Eine SP-Initiative fordert, dass alle Eltern ihre Kinder in Basel-Stadt gratis in die Tagesbetreuung schicken dürfen, auch Topverdiener. Das geht selbst vielen Grünen zu weit.

Leif Simonsen

Das Anliegen ist populistisch. Eine Initiative der Basler SP fordert Gratikinderbetreuung für alle – unabhängig vom Einkommen. Die 3000 benötigten Unterschriften kamen in Basel-Stadt innert Kürze zusammen. Die Argumente verfangen. Dank der Gratis-Kitas würde der Mittelstand entlastet, und die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann erhalte weiteren Schub. Eine gleichlautende Initiative ist in Baselland hängig.

Doch selbst unter Linken ist die radikale Forderung umstritten. Mehrere Grüne hinterfragen den Ansatz, wonach die Kita-Plätze auch den Bestverdienenden unentgeltlich zur Verfügung stehen sollen. Die Basler Grünen-Grossrätin Marianne Hazenkamp sagt zwar, sie unterstütze die Forderung grundsätzlich. Wichtig sei, dass sich alle die Kita leisten könnten, auch die Einkommensschwächeren. «Das ist momentan nicht der Fall», sagt Hazenkamp. Es gebe Familien, die ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht in die Kita schickten.

Gestaffelte Gebühren

Nur: «Bei der Ausgestaltung haben wir Vorbehalte gegenüber der Idee, dass alle unabhängig von ihrem Einkommen davon profitieren sollen», sagt die Bildungspolitiklerin. «Ich selber habe meine Kinder auch in die Kita geschickt und konnte mir das auch leisten. Ich wäre mir komisch vorgekommen, wenn ich nichts bezahlt hätte für die Krippenplätze.»

Eine ähnliche Haltung vertritt Grünen-Fraktionschef Raphael Fuhrer. Er sagt: «Kinderbetreuung soll für alle, unabhängig vom Einkommen, staatlich angeboten werden.» Das könne erreicht werden, indem die Gebühren einkommensabhängig gestaffelt würden, tiefe Einkommen könnten ganz von den Kosten entbunden werden. Wären die Kitas aber für alle gratis, müsste dieser finanzielle Mehraufwand über zusätzliche wohlstandsabhängige Einnahmen, sprich Steuern, aus-



Die Basler Sozialdemokraten wollen, dass die Kinder gratis fremdbetreut werden. Foto: Anna-Tia Buss

geglichen werden. «Es wäre nämlich kein Fortschritt, wenn für kostenlose Betreuung von Kindern aus reichen Haushalten bei der Sozialhilfe oder bei der Prämienverbilligung gekürzt werden müsste», stellt Fuhrer klar.

Dass sich bei den Linken Risikofaktoren auftun, werden die Bürgerlichen beruhigt zur Kenntnis nehmen. Sie haben auch festgestellt,

dass die Initiative im Stadtkanton gute Chancen hat. Dies, obwohl ausgerechnet die linke Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) vor den Folgen warnte.

Einfach und plakativ

Auf 100 Millionen Franken jährlich bezifferte sie die Kosten. «Das liegt momentan für uns nicht drin», sagte sie in einem Interview

gegenüber «Prime News». Dass die Stimmbevölkerung die Warnung angesichts des verlockenden Angebots der flächendeckenden Gratisbetreuung überhört, fürchten auch Bürgerliche. Balz Herter, Präsident der Mitte Basel-Stadt, weiss um die Popularität des «einfachen» und «plakativen» Anliegens. Auch ihn stört, dass die Kita-Plätze einkommensunab-

hängig zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Kosten des SP-Anliegens seien selbst in Basel-Stadt nicht zu stemmen.

Herter schwebt stattdessen vor, dass die Eltern im mittleren und unteren Einkommenssegment mit Steuerabzügen entlastet werden, wenn sie ihre Kinder in die Kinderkrippe schicken. Er würde allerdings auch jenen entgegenkommen, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Sie sollen von den Steuererleichterungen profitieren dürfen. Solche Anreize gibt es auch in Skandinavien, in Deutschland bezeichnet man dieses Modell despektierlich als Herdprämie.

Der richtige Ansatz?

Dass damit die Motivation wegfällt, die Kinder in eine staatliche Betreuung zu geben, hält Herter für unproblematisch. Mit der angeblichen «Chancengleichheit» durch die frühe Förderung der Kleinkinder kann der Grossrat nichts anfangen. «Ich glaube nicht, dass man den Anschluss verliert, wenn man nicht in die Kita geht», sagt er.

Auch die GLP steht der radikalen Forderung der SP skeptisch gegenüber. Die grünliberale Grossrätin Sandra Bothe-Wenk zeigt zwar «grosses Verständnis» für die Initiative, meint aber auch, dass diese zu weit gehe. Denkbar sei stattdessen etwa, dass man erst ab einem Arbeitspensum von 100 Prozent Anspruch auf Gratis-Krippenplätze habe. Ausserdem hält sie es für fragwürdig, dass die Kleinkinder die Gratisplätze bereits nach dem dritten Monat beanspruchen dürfen. «Wenn wir die Elternzeit fördern wollen, dann muss ich mich fragen: Ist das der richtige Ansatz?»

Noch hat der Grosse Rat nicht über die Initiative diskutiert, die Regierung stellt ihre Stellungnahme für dieses Jahr in Aussicht. Eines scheint jetzt schon klar: Die Initiativgegner werden sich auf einen Gegenvorschlag einigen. Zu gross ist das Risiko, dass das Basler Stimmvolk der Verlockung der Gratis-Kitas nicht widerstehen kann.